

Gemeinde Mainhausen, Montag, 24. Januar 2011

Anflug mit Ruhe

Willkür bei Flugroutenänderungen muss aufhören - Verein „Anflug mit Ruhe e.V.“ ruft alle Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main Gebiet zur Mitzeichnung einer Petition an den Deutschen Bundestag auf.

13.01.2011: Anlässlich seiner Wiederberufung in die Fluglärm-Kommission ließ der Offenbacher FDP-Stadtverordnete Paul Gerhard Weiss die Katze aus dem Sack: Lärmverteilung im gesamten Rhein-Main-Gebiet sei zukünftig angesagt. Damit solle „Gerechtigkeit“ geschaffen werden, so Weiss in einem Bericht der Offenbach-Post vom 10.1.2011, frei nach dem Motto „Wenn schon lärmkrank, dann wenigstens alle“.

„Nicht mit uns“ sagen die über 100.000 Neu-Belasteten. Schließlich könne es nicht Sinn von Mediation und Fluglärm-Kommissionen sein, die Umweltverlärnung durch den Rhein-Main-Flughafen einfach wie einen Sack Laub über den Gartenzaun der bisher weniger belasteten Kommunen zu kippen, oder wie es das Gesetz vornehmer ausdrückt, Verträge zu Lasten Dritter zu machen. Die Betroffenen wehren sich mit allen Mitteln. Unter anderem empfiehlt die Bürgerinitiative „Anflug mit Ruhe e.V.“ eine Petition zu unterzeichnen, die den Umkreis von 35 km um einen Flughafen grundsätzlich zur Betroffenheits-Zone macht und somit Beteiligungs- und Klage-Recht für alle zukünftig Betroffenen sicher zu stellen. Grosse Teile des Rhein-Main Gebietes, des südlichen und östlichen Kreises Offenbach, der Stadt Rüsselsheim und vieler angrenzender Kommunen leiden derzeit unter der geltenden Rechtslage des Luftverkehrsrechtes. Am 13. Januar soll nach Angaben der Deutschen Flugsicherung der Probetrieb für die geänderten Anflugrouten und -verfahren beginnen. Diese neuen Routen werden mehr als 100.000 Menschen erstmals massiv mit Fluglärm belasten. Die neubelasteten Kommunen sind Heusenstamm, Obertshausen, Rodgau, Hainburg, Neu-Isenburg (Gravenbruch), Seligenstadt sowie Rüsselsheim. Diese Routenänderung wurde ohne die Beteiligung der betroffenen Kommunen und Bevölkerung durchgeführt.

Angestoßen wurde dies durch die Fluglärmkommission, die maßgeblich von bisher Betroffenen besetzt ist. Wie der Offenbacher Paul Gerhard Weiss anlässlich seiner Wiederwahl in die FLK ganz offen zugibt durchaus mit dem Ziel, den Lärm einfach großflächig zu verteilen. Wie Weiss selbst zugibt, wird in Offenbach damit keine große Entlastung erzielt. Allerdings gibt es eine erhebliche Zahl von Neu-Belasteten mit erheblichen Gesundheitsrisiken

aufgrund von Einbußen bei der Schlaf- und Lebens-Qualität. „Dann bekommt Ihr wenigstens auch mal was ab“ bleibt die zynische Begründung, denn insgesamt wird keine Lärmentlastung erzielt.

Die Einwohner des Ostkreises Offenbach und von Rüsselsheim sollen nun den zusätzlichen Lärm ohne faire Interessensabwägung und ohne Recht auf Gesundheitsschutz durch Lärmschutzmaßnahmen erleiden.

Mit der Petition „Besserer Schutz Betroffener bei Flugroutenänderungen an planfestgestellten Flughäfen“ wird der deutsche Bundestag aufgefordert, die geltende Rechtslage generell zu ändern, da nicht nur das Rhein-Main Gebiet sondern auch Flughafenrainer in Köln-Bonn, Stuttgart, Berlin und anderen Flughäfen betroffen sind, es sich also um ein bundesweites Problem handelt.

„Leider können sich die Bürgerinnen und Bürger nach geltendem Recht nicht im Vorfeld gegen Flugroutenänderungen wehren. Derzeit werden diese von der Deutschen Flugsicherung ohne Beteiligung der Bevölkerung festgelegt“, so Gerhard Romen aus Rodgau Weiskirchen, vom Verein „Anflug mit Ruhe e.V.“. Flugrouten, die während eines Planfeststellungsverfahrens diskutiert wurden, verlaufen nach Abschluss der Verfahren zur Überraschung und Empörung aller Betroffenen tatsächlich anders. „Diese Situation ist für die betroffenen Bürger unzumutbar“, stellt Romen fest. „Daher unterstützen wir die Petition beim Deutschen Bundestag und hoffen, dass sich möglichst viele Anwohner von Flughäfen im ganzen Bundesgebiet an der Aktion beteiligen. Dass es wirklich jeden im Umfeld eines Flughafens treffen kann, mussten wir selbst erst lernen“, bedauert der Weiskirchener. „Um in Zukunft Anderen diese Problematik zu ersparen, rufen wir alle, auch derzeit Unbelastete, über alle Parteien hinweg zur Mitzeichnung der Petition auf.“

Die Rechtslage wurde von der Kanzlei Baumann Rechtsanwälte, Würzburg, im Auftrag von einhundert Anwohnern verschiedener Deutscher Flughäfen überprüft. Die Kanzlei formulierte auch die Petition. Das Luftverkehrsrecht soll derart geändert werden, dass der Umkreis von 35 Kilometer rund um Flughäfen als Betroffenheitszone ausgewiesen wird, in welcher der Bevölkerung Beteiligungs- und Klagerechte sowie Rechte auf Lärmschutzmaßnahmen und Entschädigung eingeräumt werden. Alle Fragen des Flugbetriebes,

dazu gehören auch die An- und Abflugrouten, sollen bereits im Rahmen der Planfeststellung vollständig und verbindlich geklärt werden. Im Falle einer Änderung der Flugrouten, wie z. B. jetzt in Rhein-Main-Gebiet soll im Gegenzug eine Änderung der Planfeststellung erforderlich sein, damit die Rechte der Bevölkerung berücksichtigt werden können. Zuletzt soll die Flugsicherung von den planfestgestellten Flugrouten nur dann abweichen dürfen, wenn sich die bei der Flugroutenfestlegung zugrunde gelegten Annahmen nachträglich geändert haben und durch die abweichenden Flugverfahren keine neuen unzumutbaren Lärmbelastungen entstehen.

Der überparteiliche Verein „Anflug mit Ruhe e.V.“ appelliert an alle Betroffenen nicht aufzugeben, sondern aktiv zu werden und die Petition mit zu unterzeichnen. Durch gemeinsames Handeln möglichst vieler Menschen kann auf den berechtigten Unmut der Bevölkerung aufmerksam gemacht und gerechte Lösungen eingefordert werden.

Den vollständigen Text der Petition sowie die Anleitung zur Mitzeichnung und Informationen zum Verein erhalten Sie auf: www.Anflug-mit-Ruhe.de

Über Anflug mit Ruhe e. V.:

Anflug mit Ruhe e. V. ist eine Bürgerschaftsinitiative, die aufgrund von Plänen der hessischen Landesregierung zur Änderung von

Anflugstrecken auf den Frankfurter Flughafen entstand. Die Folge wäre keine Lärmreduzierung sondern eine Lärmverteilung und

Mehrbelastung. In Anflug mit Ruhe e. V. finden sich Bürger aus den meisten betroffenen Kommunen. Ziel der Initiative ist es daher,

das bisherige Anflugverfahren auf die Piste 25L des Flughafens Frankfurt am Main beizubehalten und das politische Versprechen

„Es soll nur tagsüber geflogen werden“ einzufordern.